Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Zeitgeist“, Mittwoch „Technische Rundschau“, Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel“, Freitag illustriertes Witzblatt „Ulk“, Mittwoch „Haus Hof Garten“. Man abonniert bei all. Postanstalten d. Deutschen Reiches und der besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6 Mark, fürs Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 8 Mark. Feldpost-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für d. Fernverkehr Nr. 14207—14209), u. d. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 M. u. 70 % Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 50 % Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 50; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Nathenower Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 89; Nürnb. Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg. Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 509
47. Jahrgang

Sonnabend
5. Oktober 1918

Ausscheiden Hintzes. – Dr. Solf Staatssekretär.

Vor den Erklärungen des neuen Reichskanzlers.

Die neuen Staatssekretäre.

Berlin, 4. Oktober. (W. T. B.)

Die Reichstagsabgeordneten Grœber, Scheidemann und Erzberger sind zu Staatssekretären ohne Portefeuille ernannt worden. Auch die angekündigte Ernennung des Reichstagsabgeordneten Bauer zum Staatssekretär des neu zu errichtenden Reichsarbeitsamtes ist heute erfolgt. Zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf, berufen worden. Er wird sich aber, wie wir hören, auch in dieser neuen Stellung während der Dauer des Krieges von seinem bisherigen Ressort nicht trennen, dessen Geschäfte von dem Unterstaatssekretär Dr. Gleim geführt werden sollen.

Die Situation.

Das Ausscheiden des Herrn v. Hintze. – Die Schritte zur Herbeiführung des Friedens.

Das Verbleiben des Herrn v. Hintze im Auswärtigen Amte schien vorgestern abend und gestern völlig gesichert zu sein. Wir haben im gestrigen Abendblatte gesagt, daß wir in der weiteren Teilnahme des Herrn v. Hintze an der Regierung eine ernste Benachteiligung der Wirkung sehen würden, die man zu erzielen hofft. Herr v. Hintze besitzt, mögen seine Fähigkeiten noch so groß sein, nun einmal nicht das nötige Vertrauen. Das auszusprechen, war in diesem Augenblick eine gebieterische Pflicht. Die gleiche Ansicht machte sich auch in den Kreisen der neuen Regierung geltend, und schon gestern früh wurde die Angelegenheit noch einmal zur Sprache gebracht. Das Resultat war, daß Herr v. Hintze dem Kabinett nicht angehören wird. Sein Nachfolger ist der bisherige Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf. Es ist hier wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Dr. Solf durch seine bekannte Rede dem Auslande wie dem Inlande gegenüber eine sehr günstige Stellung gewonnen hat. Er bekannte sich darin zu den gleichen Tendenzen, die der Prinz Max von Baden in seinen Reden vertrat. Dr. Solf ist keiner von denjenigen, die erst in letzter Stunde, in schwerer Stunde, Gegner einer Gewaltpolitik geworden sind. Er hat seine Ansichten nicht zu wechseln brauchen und hat seit langem klar gesehen. Dagegen war er bis vor kurzem zwar ein Anhänger des gleichen Wahlrechts, aber kein Anhänger des parlamentarischen Systems. Er hat jetzt indessen die Notwendigkeit auch dieser Umwandelung erkannt. Durch seine Ernennung gewinnt die neue Regierung entschieden an Einheitlichkeit. Das ist zunächst ein erheblicher Gewinn.

Wir veröffentlichen nachstehend das Programm der Mehrheitsparteien, das der von diesen Parteien unterstützten und gebildeten Regierung die Richtlinien gibt. Eine Vergleichung zeigt, daß dieses Programm dort, wo es den Völkerbund und seine Aufgaben behandelt, sehr wesentlich den Forderungen, die Wilson in seiner neuen Rede aufgestellt hat, entspricht. Soweit die inneren Angelegenheiten in Betracht kommen, schließt es sich im allgemeinen den von der Sozialdemokratie ausgearbeiteten Programmpunkten an. Wir werden darauf zurückkommen und dann auch sagen, was in dem Programm unserer Meinung nach noch fehlt.

Die Rede Wilsons, die wir auf der 4. Seite wiedergeben, ist schon am 27. September gehalten worden und wird leider, wegen „Textverstümmelungen“, erst heute, eine Woche später, der deutschen Oeffentlichkeit mitgeteilt. Der Prinz Max von Baden war, als Wilson sprach, noch nicht Reichskanzler, die Wandlung in Deutschland trat erst nach dieser Rede ein. Wir wollen in der gegenwärtigen Stunde darauf verzichten, die einzelnen Leitsätze und die an sich durchaus annehmbaren fünf Punkte zu erörtern, in denen Wilson, nach seiner Gewohnheit, seine Ideen zusammenfaßt. Es ist wahrscheinlich, daß der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, sich heute im Reichstag über diese Rede und ihre Punkte äußern wird. Zurückhaltung ist in diesem Augenblick, dessen ernste Bedeutung der Allgemeinheit noch keineswegs voll zum Bewußtsein gekommen ist eine Notwendigkeit. Es ist ein Augenblick, wo wir mitten zwischen schwerwiegenden Tatsachen und vor bedeutungsvollen Erklärungen und Mitteilungen über die beabsichtigten oder bereits unternommenen Friedensschritte stehen.

Das Programm der Mehrheitsparteien.

Das Programm der Mehrheitsparteien, das die Grundlage für die Politik der neuen Regierung bildet, hat folgenden Wortlaut:

„1. Festhalten an der Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917.

2. Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbund gemäß den folgenden Grundsätzen beitreten zu wollen:

Der Völkerbund umfaßt alle Staaten und beruht auf dem Gedanken der Gleichberechtigung aller Völker. Sein Zweck ist die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Daseins und freier wirtschaftlicher Entfaltung der Völker.

Der Völkerbund schützt mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beitretenden Staaten unter Anerkennung ihres Besitzstandes in den ihnen vom Bunde gewährleisteten Rechten und schließt alle seinem Zwecke widersprechenden Sonderverträge aus.

Grundlagen des Völkerbundes sind: Umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts; gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben. Durchführung des Grundsatzes der Freiheit der Meere. Verständigung über allseitige und gleichzeitige Abrüstung zu Lande und zu Wasser; Verbürgung der offenen Tür für den wirtschaftlichen und privatrechtlichen Völkerverkehr; internationaler Ausbau der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterschutzes.

3. Einwandfreie Erklärung über Wiederherstellung Belgiens und Verständigung über Entschädigung.

4. Bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; im Baltikum, in Litauen und in Polen sind alsbald Volksvertretungen auf breiter Grundlage zu schaffen. Diese Staaten, in denen alsbald Zivilverwaltungen einzuführen sind, haben ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern zu regeln.

5. Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter Gewährung voller Autonomie entsprechend dem Verlangen der elsaß-lothringischen Volksvertretung.

6. Unverzügliche Durchführung der Wahlrechtsreform in Preußen. Gleiches Anstreben solcher Reform in denjenigen Bundesstaaten, die sie noch entbehren.

7. Einheitlichkeit der Reichsleitung; Berufung von Regierungsvertretern aus dem Parlament zur Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten; Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen.

8. Zum Schutze der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Preßfreiheit sofortige Aenderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand. Beschränkung der Zensur auf Fragen der Beziehungen zu auswärtigen Regierungen, der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial. Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, welche auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden.

Eine Vizepräsidentenersatzwahl im Reichstag.

Wer wird Scheidemanns Nachfolger?

Infolge der Ernennung des sozialdemokratischen Abgeordneten **Scheidemann zum Staatssekretär** wird der Reichstag einen neuen Vizepräsidenten aus der sozialdemokratischen Partei zu wählen haben. In erster Linie dürfte der Abgeordnete Ebert dafür in Frage kommen.

(Siehe auch Seite 3.)

Abdankung König Ferdinands von Bulgarien.

Regierungsantritt des Kronprinzen Boris.

Sofia, 4. Oktober. (W. T. B.) König Ferdinand hat gestern zugunsten des Kronprinzen Boris abgedankt. König Boris trat die Regierung an.

⊙ **Wien, 4. Oktober. (Privat-Telegramm.) Die „Neue Freie Presse“ bringt folgende Meldung aus Sofia: „König Ferdinand hat demissioniert und Kronprinz Boris den Thron bestiegen. Aus diesem Anlaß findet heute vormittag in der Kathedrale in Sofia ein feierlicher Gottesdienst statt. Von der Regierung wurde den Angehörigen der bisher verbündeten Mächte am vergangenen Sonnabend eine vierwöchige Frist zum Verlassen des bulgarischen Bodens gestellt. Hiermit wurde jedoch nur eine Formalität erfüllt, da über Lompalanka der größte Teil der Kolonie Bulgarien bereits verlassen hat. Die deutsche Kolonie verläßt heute Sofia. Die bolschewistische Gefahr erscheint wenigstens vorübergehend als beseitigt.“**

J. S. Schon im gestrigen Morgenblatt haben wir mitgeteilt, daß die Aussichten, die bulgarische Nationalversammlung könne dem von der Regierung Malinows geschlossenen Waffenstillstande ihre Zustimmung versagen, geschwunden seien. Die Hoffnungen, daß die von den Mittelmächten getroffenen militärischen Maßnahmen noch einen Umschwung in der Stimmung der Volksvertretung herbeiführen könnten, haben sich nicht erfüllt. In dieser Haltung der Sobranje muß man die Veranlassung zu der Abdankung des Königs Ferdinand erblicken. Er hat nach 31 Jahren einer unter zahllosen Wechselfällen des Geschicks doch in stetig aufsteigender Richtung geführten Regierung, den Bulgaren die Krone zurückgegeben, die er damals aus der Hand des Volkes gegen den Willen des Zaren und der anderen Mächte entgegengenommen. Das tragische Ende einer Kronenträgerlaufbahn, die damals, unter jahrelanger Spannung des zuschauenden Europas, ebenso romantisch begonnen.

Das Tragische in diesem Ausgang der politischen Wirksamkeit des Königs liegt darin, daß er die Kraft des bulgarischen Volkes, die physische und die moralische, deren Entwicklung in der Hauptsache sein Werk gewesen, doch überschätzt hat. Das Volk ist mit ihm gegangen, zögernd mit dem nicht anerkannten, williger mit dem anerkannten Fürsten, begeistert mit dem König bei dem Werk, das der Vollendung der Befreiung und weiterhin der Einigung der Nation galt. Aber es hat nach einer jahrelangen schweren Probe, die es im ganzen glänzend bestanden, im kritischen, die äußerste Kraftanstrengung bedingenden Augenblicke versagt. Es hat in plötzlicher Ermattung die Hoffnung aufgegeben, von diesem Kriege, der es der Verwirklichung seiner weitgesteckten nationalen Ziele so nahe gebracht hatte, wie kein anderes der kriegführenden Völker, die Erfüllung seiner Wünsche wirklich zu erwarten. So hatte der Weg, den der König, geduldig und zäh, in durch schwere innere Wirren und Kriege bezeichneten Etappen sein Volk geführt hatte, ein plötzliches Ende. Vor fünf Jahren noch, nach dem für Bulgarien unglücklichen Bukarester Frieden, hatte Ferdinand den Mut, von dem Zusammenrollen der nationalen Fahne zu sprechen, die zur rechten Stunde wieder entfaltet werde, um das Werk der Einigung der Bulgaren zu Ende zu führen. Er hat dann auch Wort gehalten. Diesmal läßt er das Banner sinken. Er gibt sein Spiel verloren. Aber es ist doch eine königliche Geste, mit der er geht.

Wie in traumferner Vergangenheit liegen heute die Jahre zurück, in denen der Honvedleutnant Prinz Ferdinand von Koburg-Cohary von seinem Gute Ebendorf nach Bulgarien reiste, vor der Nationalversammlung zu Tirnowo (es war am 14. August 1887) den Eid auf die Verfassung leistete und, von dem weisen Rate seiner Mutter Klementine geleitet, weitschauend nichts weniger als die Lösung des Balkanproblems im bulgarischen Sinne in seine Hand nahm. Klug und zäh, geschmeidig und energisch, traute er sich zu, daß er, ungleich seinem unglücklichen Vorgänger Alexander, mehr als eine „schöne Erinnerung“ als Frucht seiner Mon-